



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Oliver Kirchner (AfD)

### **Menschen in Sachsen-Anhalt, die sich als „queer“ identifizieren**

Kleine Anfrage - KA 7/4064

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Am 2. September 2020 behandelte der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration des Landtages von Sachsen-Anhalt in seiner 53. Sitzung unter anderem den 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Sachsen-Anhalt. Zu diesem berichtete Frau Staatssekretärin Susi Möbbeck (SPD) für das Sozialministerium. In ihrem Bericht kam Staatssekretärin Möbbeck darauf zu sprechen, dass Jugendliche, welche sich als „queer“ identifizieren, in der Onlinebefragung zum Bericht angaben, bereits Opfer von Gewalt und Diskriminierung geworden zu sein. Auf eine Nachfrage meiner Person, wie viele Fälle von Gewalt und Diskriminierung gegenüber Jugendlichen in Sachsen-Anhalt, die sich als „queer“ identifizieren, strafrechtlich verfolgt worden seien, konnte Frau Staatssekretärin leider nicht antworten.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Inneres und Sport**

Namens der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Menschen in Sachsen-Anhalt, die sich als „queer“ identifizieren, wurden Opfer von Diskriminierung oder Gewalt und erstatteten eine entsprechende Anzeige bei der Polizei? Bitte für den Zeitraum der Jahre 2012 bis 2019 angeben sowie nach Altersgruppen (Kind und Jugendlicher nach § 1 Jugendschutzgesetz sowie Erwachsener) einteilen.**

Nach Kenntnis der Landesregierung wird der Begriff „queer“ sehr vielfältig verwendet; eine allgemeine oder sogar verbindliche Definition besteht hierfür nicht.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wird auf der Grundlage bundesweit abgestimmter Richtlinien erstellt. In der PKS werden die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten gemäß festgelegtem Straftatenkatalog vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft (sogenannte Ausgangsstatistik) registriert. Es werden Fall-, Opfer und Tatverdächtigenzahlen differenziert dargestellt. Angaben zu Opfern werden dabei anonymisiert und in begrenztem Umfang erfasst.

Eine Erfassung von Opfern mit dem Identifikationsmerkmal „queer“ erfolgt in der PKS nicht.

Bei den für die Beantwortung der Kleinen Anfrage einschlägigen Straftaten handelt es sich um sogenannte Opferdelikte, bei denen sich die strafbare Handlung unmittelbar gegen das Opfer und dessen höchstpersönliche Rechtsgüter wie Leben, körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Ehre oder sexuelle Selbstbestimmung richtet. Einen Teil der Opferdelikte stellen die Fälle der sogenannten Gewaltdelinquenz dar. Die nachfolgende Übersicht enthält die Fallzahlen der Gewaltdelinquenz für die Jahre 2012 bis 2019.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
erfasste Fälle	5.716	5.120	5.274	5.211	5.765	5.648	5.797	5.406

Neben den angeführten Fällen der Gewaltdelinquenz müssten zur umfassenden Beantwortung der Frage alle in Betracht kommenden Opferdelikte auf einen personellen Bezug zu den angeführten Identifikationsmerkmalen geprüft werden.

Es wären somit umfangreiche und zeitaufwändige händische Recherchen in den Aktenbeständen der Polizei, der Staatsanwaltschaften und ggf. der Gerichte erforderlich. Dabei ist der Zeitaufwand für das Ziehen der Akten aus den Geschäftsstellen und den staatsanwaltschaftlichen Archiven zur Beiziehung versendeter Akten, das Auswerten der Akten und die schriftliche Dokumentation des Prüfergebnisses zu berücksichtigen. Für die Auswertung der Akten zu den 43.937 Ermittlungsverfahren der Gewaltdelinquenz ist bei einer durchschnittlichen Mindestzeit von 30 Minuten je Vorgang von einem 2.746 Arbeitstage umfassenden Aufwand für einen in Vollzeit tätigen Mitarbeiter auszugehen. Zudem wird darauf verwiesen, dass auch bei einer händischen Prüfung der Vorgänge die Ermittlung einer validen Zahl nicht zu erwarten ist, da mitunter die entsprechenden Personen ihre persönliche Identifikation als „queer“ nicht gegenüber der Polizei mitgeteilt haben. Aufgrund der hohen Anzahl von auszuwertenden opferspezifischen Ermittlungsverfahren bei der Polizei hat die Landesregierung gemäß Artikel 53 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt dem Verlangen des Abgeordneten nicht entsprochen, da mit einer Beantwortung die Funktionsfähigkeit der Landespolizei wesentlich beeinträchtigt worden wäre.

**2. In wie vielen der in Frage 1 zur Anzeige gebrachten Fälle wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet? Es wird um Angabe analog Frage 1 gebeten.**

Gemäß § 163 der Strafprozessordnung „Aufgaben der Polizei im Ermittlungsverfahren“ ist es Aufgabe der Polizei, Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sa-

che zu verhüten. Aufgrund dieser gesetzlichen Verpflichtung wird bei jeder angezeigten oder polizeilich festgestellten Straftat ein Ermittlungsverfahren durch die Polizei eingeleitet.

3. **In wie vielen Fällen führten die in Frage 2 zur Ermittlung gebrachten Anzeigen zu einer Verurteilung? Es wird um Angabe analog Frage 1 gebeten. Ferner wird um Angaben zu den verurteilten Tätern (Wohnort, Alter, Geschlecht, Herkunft) sowie Strafmaß und Rechtsgrundlage gebeten.**

Auf die Antworten auf die Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

4. **Wie viele Menschen in Sachsen-Anhalt, welche sich als „queer“ identifizieren, leben nach Erkenntnis der Landesregierung in Sachsen-Anhalt? Wie hat sich diese Personenzahl seit dem Jahr 2012 entwickelt? Bitte nach Altersgruppen einteilen.**

Der Landesregierung liegen diesbezüglich keine amtlich erhobenen Daten vor.